

Sächsisch-Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmiltla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz,

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hieke, Inh. Walter Hieke
Verantwortlich: K. Rohrlappert

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, Illustrierte Sonntagsbeilage „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 207

Bad Schandau, Montag, den 5. September 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Auf dem Altenburger Flugplatz fanden gestern Flugvorführungen statt, bei denen auch das Ehepaar Triebner wieder Fallschirmabprünge zeigen wollte. Während Frau Triebner mit ihrem Fallschirm gut zu Boden kam, öffnete sich der Fallschirm ihres Mannes nicht vollständig. Triebner stürzte ab und war sofort tot.

* Die Warschauer Blätter bringen eine aus amtlicher litauischer Quelle stammende Nachricht, nach der die litauischen Behörden den zurückgehaltenen polnischen Grenzsoldaten freigelassen und über die Grenze abgeschoben haben.

* Bei den Wahlen für die türkische Nationalversammlung wurden gestern die Kandidaten der Regierungsparteien durchweg ohne ernste Opposition gewählt.

* Die amerikanischen Welisflieger sind, von Bagdad kommend, in Bender Abbas am Persischen Golf angekommen.

* Wie aus Schanghai gemeldet wird, haben die letzten indischen Truppen gestern die Stadt verlassen.

Belgien will keine Klarheit.

Der Rücktritt des belgischen Kabinetts von dem kürzlich gefassten Plan, mit Deutschland gemeinsam eine Untersuchung über den belgischen Fränkireurkrieg 1914 zu veranstalten, hat überall verblüffend gewirkt. Die Anwesenheit wird wahrscheinlich in Genf zur Sprache kommen.

Der belgische Ministerrat erklärte sich plötzlich gegen den von belgischer Seite selbst gemachten Vorschlag, den deutsch-belgischen Streitfall über die Vorgänge des Fränkireurkrieges in Belgien durch einen unparteiischen Ausschuss entscheiden zu lassen. Es ist klar, daß dieser Rücktritt von einem eigenen Entschluß nicht nur in der deutschen Presse das größte Aufsehen erregte, sondern auch für die Fremden darüber spricht ja auch aus den Äußerungen Dr. Stresemanns, die er sofort in Genf nach Bekanntwerden der Tatsache deutschen Pressevertretern gegenüber getan hat.

Mit Erstaunen vernahm man aber auch in Deutschland die Begründung, mit der man die sicherlich auch der belgischen Regierung unangenehme Geschichte zu bemängeln suchte. Die Furcht, daß durch das Bekanntwerden oder Erörtern vieler Einzelheiten der damaligen Verhältnisse die Leidenschaften im deutschen und im belgischen Volk erneut aufgewühlt werden könnten, ist zwar unbegründet. Man kann es eher verstehen, wenn eine Regierung, um die Annäherung zu fördern, etwas unterläßt, was sie sonst für nützlich hält. Scharf zurückzuweisen ist der Versuch, Deutschland die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen zuschieben zu wollen. Es ist erfreulich, daß der Reichsaußenminister selbst mit aller Deutlichkeit klipp und klar unterstrich, daß die Regierung von Belgien Ausgang und Deutschland niemals, wie man es ihm jetzt von belgischer Seite unterstellen will, verlangte, daß dabei auch noch andere Gegenstände und die Streitfälle mit anderen Mächten in die Untersuchung einbezogen werden sollten.

Der Grund der Ablehnung ist wohl eher im schlechten Gewissen zu suchen. In einer Art von Gerechtigkeitsaufwallung hat man sich seinerzeit hinreißen lassen, an der Aufdeckung der Wahrheit mithelfen zu wollen. Später kamen dann allerlei Bedenken. Erstaunlich dabei ist nur, daß jetzt auch Minister Vandervelde mitmacht. Eine amtliche belgische Auslassung betont die Einseitigkeit der Kabinettsmitglieder. Vandervelde war persönlich von Genf nach Brüssel zurückbeordert worden, muß also auch für Zurücknahme des früheren Beschlusses gestimmt haben. Von Vandervelde war die Idee ausgegangen, die ganz im Rahmen seiner bisherigen Politik lag. Es müßte sich besondere Einflüsse geltend gemacht haben, wenn in letzter Stunde auch er umfiel.

Man braucht nur einen Blick in die französische Presse der letzten Zeit zu tun, um den wahren Urheber zu finden. Es sind die chauvinistischen Kreise Frankreichs, die ihren ganzen Einfluß aufboten und sofort beim ersten Auftauchen dieser Idee Front dagegen machten. Der erste Schritt zur Erforschung der Wahrheit hätte unzweifelhaft weitere nach sich gezogen und das ganze durch den Versailler Vertrag geschaffene Lügenwerk von der Allenschuld Deutschlands ins Wanken gebracht. Das mußte auf alle Fälle verhütet werden. Daß Belgien den Winken Frankreichs gehorchen würde, bewiesen schon die Reden bei der Denkmalsenthüllung in Dinant, die im direkten Gegensatz zu der Tatsache standen, daß man sich einige Tage vorher mit der Einsetzung des Untersuchungskomitees einverstanden erklärte, um nachzuprüfen, ob die in den Reden gegen Deutschland erneut geäußerten Beschuldigungen auch wirklich berechtigt sind.

Die französische Auffassung hat wieder einmal gestegt. Das dürfte jedoch nur ein zweifelhafter Sieg sein. Der Welt müssen endlich die Augen darüber aufgehen, wer der Störenfried in Europa ist. Das ständige Ausweichen vor jeder Möglichkeit zur Erforschung der Wahrheit muß endlich so wirken, daß man in dem Widerstreben den Schuldigen sieht. Der jetzige so beschämende Beschluß der belgischen Regierung wird auch in dieser Beziehung kein Gutes haben. Schon als seinerzeit in Belgien Stimmung dafür war, Cyprien und Malmedy Deutschland zurückzugeben, um endlich die Beziehungen zu Deutschland wieder freundlicher zu gestalten, da war es Poincaré, der das hintertrieb.

Die Friedensverträge geben selbst die Möglichkeit, in ihnen enthaltene Bestimmungen umzustößen, wenn sich die Voraussetzungen dafür als falsch herausstellen. Diesen Paragrafen läßt Frankreich nicht gelten, während es an allen anderen für Deutschland ungünstigen Bestimmungen unentwegt festhält. Vandervelde will in Genf nähere Erläuterungen geben. Hoffentlich gibt dabei Dr. Stresemann ihm und auch Herrn Briand deutlich zu verstehen, wiewenig es sich mit dem Locarno-Geiste verträgt, wenn man der Wahrheit auf ihrem Marsche ständig Steine in den Weg wirft.

Erklärungen Stresemanns in Genf.

In der von der belgischen Regierung nach dem Ministerbeschlusse zur Ablehnung der Untersuchung herausgegebenen Veröffentlichung heißt es, der Ministerrat habe die Vorschläge Deutschlands nicht annehmen können, da eine Untersuchung über den Fränkireurkrieg wahrscheinlich die Leidenschaften stark aufwühlen würde. Dazu bemerkt der in Genf weilende Reichsaußenminister:

„Ich bin von der Veröffentlichung auf das äußerste befremdet. Der wirkliche Sachverhalt ist vor kurzer Zeit, nämlich am 19. August, in einer mit der belgischen Regierung vereinbarten Veröffentlichung gleichzeitig in Brüssel und Berlin bekanntgegeben worden. Daraus geht klar hervor, daß die belgische Regierung die Initiative ergriffen hat, indem sie in einer amtlichen Note die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung darauf lenkte, daß die belgische Regierung mit einer unparteiischen Untersuchung der deutsch-belgischen Streitfrage einverstanden sei. Die deutsche Regierung hat dieses Angebot selbstverständlich angenommen, ohne daß sie ihrerseits irgendwelche neuen Anträge oder Anregungen auf diesem Gebiete an die belgische Regierung gestellt hätte. Es ist deshalb unverständlich, daß in der neuen belgischen Bekanntmachung von einer deutscherseits angestrebten Ausbeugung auf andere von der belgischen Regierung ins Auge gefasste Fragen gesprochen und daß der deutschen Regierung dabei die Forderung der Anwendung eines gleichen Verfahrens gegenüber anderen Mächten unterstellt wird. Ich kann diese Behauptung nur auf eine Verleumdung des wahren Sachverhalts seitens des belgischen Kabinetts zurückführen.“

Die Stadt Dinant gegen die Fränkireur-Enquete.

Brüssel, 4. September. Die belgischen Zeitungen veröffentlichen eine Erklärung des Magistrats von Dinant, in der gegen die Fränkireur-Enquete scharfster Einspruch erhoben wird. Die Erklärung spricht von deutschen Manövern. Nichts anderes stelle das deutsche Verlangen auf eine solche Enquete dar. Die Enquete würde für die Opfer von Dinant geradezu eine Beleidigung darstellen.

Der Reichsaußenminister bei Briand.

Der Inhalt der Unterredung.

Das Hauptereignis des Genfer Wochenendes war der Besuch Dr. Stresemanns bei Briand. Die Besprechung dauerte etwa 1 1/2 Stunden, während der alle schwebenden politischen Fragen erörtert wurden. Zu Beginn dieser Woche soll eine Unterredung zwischen Chamberlain, Stresemann und Briand erfolgen.

Während von offiziöser Seite strengstes Stillschweigen über die Besprechung Stresemann-Briand beachtet wird, sickert aus privaten Quellen manches aus dem Inhalt der Unterredung durch. So sollen beide Minister den günstigen Eindruck der deutsch-französischen Wirtschaftsverständigung besprochen und ihren Willen bekundet haben, die Politik von Locarno fortzusetzen. Selbstverständlich ist in diesem Zusammenhang nicht nur von der bewilligten Truppenreduzierung im Rheinlande gesprochen, sondern auch das Problem der Gesamträumung zur Sprache gebracht worden. Dr. Stresemann soll auch mit Nachdruck darauf hingewiesen haben, daß die deutsche Delegation Wert darauf lege, die Abrüstungsbabatte in Genf unbedingt entwickelt zu sehen. Er habe dabei auch wohl Briand Mitteilung gemacht, in welcher Art er selbst in der Abrüstungsdebatte zu Worte kommen will.

Am Montag tritt die Völkerverversammlung zu ihrer ersten öffentlichen Sitzung während der jetzigen Tagung zusammen.

Paris und der polnische Vorschlag eines Nichtangriffspaktes.

Paris, 4. September. Die Genfer Berichte der Pariser Presse über die gestrige Unterredung Stresemann-Briand behandeln hauptsächlich den polnischen Plan eines allgemeinen Nichtangriffspaktes, dem man in Paris größtes Interesse entgegenbringt.

Berlinax will wissen, daß die polnische Regierung vor kurzem den Regierungen in London und Paris einen derartigen Plan unterbreitet habe, der die Lücken des Locarnopaktes ausfüllen solle. In seiner gestrigen Unterredung mit Briand habe Stresemann das Projekt a priori nicht abgelehnt. Daß Briand sich das Projekt zu eigen mache, sei sehr wahrscheinlich. Das sei ihm zumindest im letzten Ministerrat am vergangenen Freitag nahegelegt worden. Sofern das Projekt von Polen ausgehen werde, bemerkt Berlinax weiter, dürfte es Deutschland sicherlich erscheinen. Von Frankreich vorgebracht, würde es vielleicht für Stresemann annehmbar sein, der darin ein neues Mittel zur Beschleunigung der Rheinlandräumung erblicken könnte. Frankreich und Polen dürften aber kaum bereit sein, die deutsche Zustimmung zu dem polnischen Plan für einen zu hohen Preis zu erkaufen.

Nach dem Korrespondenten des offiziellen Petit Parisien ist der von Polen beabsichtigte Paktvorschlag noch nicht in seinen Einzelheiten festgelegt. Man erwartet hierzu noch zwei polnische juristische Sachverständige in Genf. Bevor das Projekt überhaupt veröffentlicht werde, müsse es zuerst dem Urteil der Vertreter der Großmächte unterbreitet werden. Diese Befragung habe kaum erst begonnen. Stresemann sei über die großen Züge des polnischen Planes unterrichtet und habe, wie der Vertreter des Petit Parisien erfahren haben will, in dessen Prinzipien nichts gefunden, was Deutschland hinderlich sein könnte. (?) Allem Anschein nach sei zu erwarten, daß der polnische Plan auf keine ernstlichen Schwierigkeiten von deutscher Seite stoßen werde. (?)

Das Blatt 'Caillaux', die Volonté, bedauert, daß Polen seine Absicht geändert habe, weil sie in den maßgebenden Hauptstädten keine gute Aufnahme gefunden habe. Es werde nun seinen Vorschlag im Laufe der Abrüstungsdebatte vorbringen. — Die Information betont, Stresemann habe aus der Unterredung mit Briand deutlich entnehmen müssen, daß von einer Entwicklung der Locarnopolitik keine Rede sein könne, wenn sich nicht die deutsch-polnischen Beziehungen auf freundlicherer Grundlage aufbauten. Dieser Ansicht sei übrigens auch Chamberlain. Stresemann, Chamberlain und Briand würden ihren gemeinsamen Aufenthalt in Genf dazu benutzen, um das Problem einer Erweiterung der Locarno-Verträge zu studieren.

Der Korrespondent des Journal erklärt, daß in der gestrigen Unterredung Stresemann-Briand die Räumungsfrage in voller Offenheit besprochen worden sei. Das sozialistische Deuore sagt, Stresemann werde seiner Auffassung treu bleiben und erneut wiederholen, daß die Abrüstung Deutschlands nicht aufrecht erhalten bleiben könne, wenn eine allgemeine Abrüstung nicht erfolge.

Sauerwein meint im Matin, das Hauptkennzeichen der gegenwärtigen Völkerverversammlung sei die Vorfrist. Die Großmächte wollten ihre Politik erst nach den im kommenden Jahre bevorstehenden Wahlen festlegen. Stresemann mache den Eindruck eines sorgenfreien Mannes, den keinerlei innerpolitische Schwierigkeiten drückten und der seine Politik führen könne, ohne sie jeden Augenblick von parlamentarischen Dramen gefährdet zu sehen.

Der Sonntag in Genf.

Genf, 4. September. Der heutige Sonntag ist im großen und ganzen ruhig verlaufen, ohne daß irgendwelche Zusammenkünfte zwischen den Außenministern stattgefunden hätten.

Die Reichstagsabgeordneten Dr. Breitscheid, Graf Bernstorff und Raas, die als Sachverständige der deutschen Delegation zugeteilt sind, sind im Laufe des heutigen Tages hier eingetroffen. Sie werden die deutsche Delegation in den einzelnen Kommissionen des Völkerverbundes vertreten. Im Laufe des Tages ist auch eine große Anzahl anderer Delegierter eingetroffen. Die Konferenz der Außenminister der baltischen Randstaaten, über die bereits eingehend berichtet wurde, wird aller Voraussicht nach Mitte der Woche hier beginnen. Ebenso werden Beratungen zwischen den Außenministern der Kleinen Entente stattfinden. Auf polnischer Seite besteht ferner die Absicht, eine Zusammenkunft zwischen Zaleski, der Mitte des Monats nach Genf kommt, und dem litauischen Ministerpräsidenten Wolde-maras herbeizuführen, um eine direkte Behandlung der deutsch-litauischen Streitfragen zu ermöglichen.

Die Vollversammlung des Völkerverbundes

wird heute Montagvormittag 11 Uhr mit einer Rede des gegenwärtigen Präsidenten des Völkerverbundes Villegas eröffnet werden. Anschließend findet die Wahl des Präsidenten der Vollversammlung statt. Eine Entscheidung über die Person des Präsidenten ist bisher noch immer nicht zustande gekommen.